

Frei mittendrin im Machtkampf

Politik Unionsfraktions-Vize verteidigt die Absicht, eine Jamaika-Koalition zu bilden um auch weiter mitregieren zu können.

Villingen-Schwenningen.

„Schlacht um die Macht“, titelte Deutschlands größtes Boulevardblatt. In der Union tobt nach der verlorenen Bundestagswahl der Machtkampf. Mittendrin: Thorsten Frei, im Schwarzwald-Baar-Kreis einmal mehr direkt gewählt und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag.

Die ersten Punkte hat Frei schon mal verbucht: Die geschrumpfte Fraktion kam gestern seiner Forderung nach, ihren Chef Ralph Brinkhaus im Amt zu bestätigen – zumindest vorläufig. Das hatte Frei zuvor unter anderem im ZDF-Mittagsmagazin gefordert und dies mit der Handlungsfähigkeit der Fraktion begründet.

Die CDU/CSU war bei der Bundestagswahl am Sonntag auf den historischen Tiefpunkt von 24,1 Prozent gestürzt. Die SPD wurde mit 25,7 Prozent stärkste Kraft. Seitdem kämpft der heftig kritisierte schwarze Spitzenkandidat Armin Laschet um eine Jamaika-Koalition mit FDP und

Grünen – um so trotz Wahlschlappe doch noch ins Kanzleramt zu gelangen.

Thorsten Frei verteidigte diesen Anspruch im Fernsehen – und musste dafür in den sozialen Netzwerken heftige Kritik einstecken. „Und wieder zeigen Sie und Herr Laschet, dass Ihnen jeglicher Anstand fehlt. Egal wie die Regierungsbildung erfolgt, man gratuliert dem Wahlsieger“, schimpft unter anderem ein Facebook-Nutzer. Der Mann drückt aus, was viele denken und was derzeit immer wieder in den Medien hinterfragt wird: Hat nicht die SPD mit der Stimmenmehrheit auch einen Regierungsauftrag erhalten?

Auch über Personen sprechen

Gefragt von Moderatorin Jana Paraigis, ob Laschet nicht von allen Funktionen zurücktreten müsse, antwortet Frei: „Alles zu seiner Zeit!“ – Natürlich werde man auch über Personen sprechen müssen. Die Union wolle nun aus ihrem schlechten Ergebnis noch das Beste machen. *rat*



Thorsten Frei im ZDF-Interview: Er findet es in Ordnung, dass die Union eine Jamaika-Koalition schmieden will, um an der Regierung zu bleiben.

Screenshot: NQ